



Beschlussvorlage	
- öffentlich -	
VL-69/2024	
Fachbereich	
Federführendes Amt	Bürgermeister
Sachbearbeiter	Ralf Antonowitsch
Datum	14.05.2024
Beteiligtes Amt	BGM

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Gemeindevertretung der Gemeinde Limeshain	14.05.2024	beschließend

Betreff:

Gemeinsame Resolution der Fraktionen SPD Limeshain, Bündnis 90/ Die GRÜNEN Limeshain und UBL Limeshain zu den Plänen der Bergman Clinics-Gruppe zur Teilschließung des Mathilden-Hospitals in Büdingen

Beschlussvorschlag:

Die Limeshainer Gemeindevertretung fordert die Bergman Clinics-Gruppe auf, von den Plänen zur Teilschließung vollständig Abstand zu nehmen und das gesundheitliche Leistungsangebot in seinem bisherigen Umfang beizubehalten!

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung muss Vorrang vor rein wirtschaftlichen Interessen haben. Das Bergman Clinics Mathilden-Hospital ist ein Haus der Grundversorgung mit 195 Planbetten. Die Klinik verfügt über die Fachabteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Psychiatrie und Psychotherapie und der Belegabteilung HNO. Die Bergman Clinics Gruppe steht in der Verantwortung diesen Anspruch zu erfüllen und ihrer Fürsorgepflicht für die vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Mathilden Hospitals gerecht zu werden. Um weiteren irreversiblen Schaden für die Klinik zu vermeiden, sind daher alle eingeleiteten oder beabsichtigten arbeitsrechtlichen Maßnahmen – insbesondere betriebsbedingte Kündigungen - im Zusammenhang mit der geplanten Teilbetriebsschließung unverzüglich einzustellen.

Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass eine professionelle medizinische Daseinsvorsorge mit einer stationären Versorgung in den Bereichen Chirurgie, Innere Medizin sowie einer Intensivstation und Notaufnahme in Büdingen erhalten bleibt und für die Bevölkerung im ehemaligen Landkreis Büdingen im bisherigen Umfang sichergestellt wird. Dies gilt insbesondere auch für die Notfallversorgung. Es bedarf kurzer Wege im Notfall. Aus diesem Grund fordern wir die Hessische Landesregierung auf, alle Genehmigungen zur Teilbetriebsschließungen des Mathilden Hospitals unverzüglich rückgängig zu machen. Der Landrat des Wetteraukreises wird aufgefordert, sich für die notwendige stationäre Versorgung und die Notfallversorgung in Büdingen und Umgebung stark zu machen.

Die Gemeindevertretung Limeshain fordert die Verantwortlichen auf, alternative Trägerschaften für das Mathilden Hospital intensiv zu prüfen und auch die Kooperation mit anderen Kliniken in der Region zu suchen. Ziel aller Bemühungen muss es sein, im östlichen Wetteraukreis eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen. Die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum haben ein

Anrecht auf eine moderne medizinische Betreuung. Kein Teil Hessens darf dabei abgehängt werden. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, diese Resolution an die Hessische Landesregierung sowie das hessische Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege sowie an das Bundesministerium für Gesundheit und an den Landrat des Wetteraukreises weiterzuleiten.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Sachdarstellung:

Das Mathilden-Hospital in Büdingen wird einen Großteil seiner Stationen schließen. Der private Betreiber des Krankenhauses, die Bergman Clinics Deutschland Gruppe, will vor allem im stationären Bereich Kosten einsparen.

Betroffen sind demnach die Notaufnahme, die Chirurgie, die Innere Medizin, die HNO sowie die Intensivstation, die allesamt geschlossen werden sollen. Stattdessen will sich der Betreiber künftig verstärkt auf ambulante Angebote konzentrieren. So sollen die Psychiatrie, das ambulante Operationszentrum und das Medizinische Versorgungszentrum ausgebaut werden.

Die Beschäftigten des Krankenhauses wurden am Dienstag in einer Mitarbeiterversammlung über die Pläne informiert. Von der Schließung könnten bis zu 150 Mitarbeiter des Mathilden-Hospitals betroffen sein und ihre Arbeitsplätze verlieren.

Seit Anfang der Woche laufen Gespräche zwischen Arbeitgeber und dem Betriebsrat. Dabei soll es auch um einen Sozialplan gehen. Der Betreiber begründet die Entscheidung mit den Defiziten, die das Krankenhaus schreibe und einen wirtschaftlichen Betrieb nicht länger möglich machten.

Quelle: GNZ – 24.04.2024